

Forderungen an den Formateur einer DP - LSAP - Déi Gréng - Regierung

Für eine nachhaltige Transportpolitik

Im Interesse der nachhaltigen Entwicklung und auch als wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ist ein gut organisierter öffentlicher Transport und eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene äußerst wichtig, umso mehr auch die Experten ein fortbestehendes Wachstum im Transportsektor voraussehen.

So muss der Güterverkehr auf der Schiene zwingend gefördert werden, sowohl im traditionellen auch als auch im multimodalen Bereich. Die Internalisierung der externen Kosten sowie die Unterbindung des Sozialdumpings im Straßengütertransport sind wichtige Voraussetzungen.

Wir fordern weiterhin die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs sowie des internationalen Fernverkehrs auf der Schiene.

Es erweist sich als dringend notwendig weiter in die Eisenbahninfrastruktur zu investieren. Der unverzügliche Bau der Bahnstrecke Luxemburg – Kirchberg via Flughafen mit Anschluss an die Strecke nach Wasserbillig und selbstverständlich auch an die innerstädtische Trambahn auf Kirchberg drängt sich auf. Auch soll ohne Verzögerung der schon vor 2009 beschlossene Ausbau der Strecke Luxemburg-Bettemburg auf den Instanzenweg gebracht werden. Ebenfalls drängt sich der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke schnellstens auf.

Wir hoffen in der sich bildenden Regierung einen Partner zu finden, der wie wir gegen die Schließung der Eisenbahnlinie von Ettelbrück nach Diekirch und gegen die Verlegung des öffentlichen Transportes von der Schiene auf die Straße ist. Es ist zu befürchten, dass die Schließung dieser Strecke Vorreiter für die Schließung von weiteren Stichstrecken sein könnte. Es zirkuliert ein Gerücht, dass die Strecke von Esch-Alzette nach Audun-le-Tiche möglicherweise auch geschlossen würde und die Zugbenutzer zum Bahnhof Belval-Universität umgeleitet würden, eben auch weil dort ein großes Parkhaus errichtet wurde.

Um den öffentlichen Verkehr in der Nordstad zu verbessern, fordern wir die Wiedereröffnung der Bahnstrecke nach Bissen für den Personenverkehr. Dieselbe Forderung erheben wir für die Strecke Kleinbettingen-Steinfort.

Bessere grenzüberschreitende Bahnverbindungen sind von absoluter Wichtigkeit. Wir fordern, dass kurzfristig Akzente gesetzt werden für den Erhalt und den Ausbau von Fernverkehrsverbindungen nach Deutschland auf ICE-Niveau zu den Ballungsräumen Rhein/Main und Rhein/Ruhr.

Es wäre desaströs für unser Land und die Hauptstadt Luxemburg, als eine der Europa-Hauptstädte, wenn die Fernverkehrsverbindungen nach Deutschland mit Anschluss an den ICE-Betrieb eingestellt würde.

Ebenfalls sind bessere Verbindungen mit einem attraktiven Fahrplan zum Hochgeschwindigkeitsbahnhof Lüttich erforderlich, auch um bessere Anschlüsse zum Norden Deutschlands und in die Niederlande zu haben. Aber auch sollen diese Verbindungen von den belgischen Pendlern aus der Ardennenregion Vielsalm – Trois-Ponts genutzt werden können. Deshalb fordern wir, dass eine erste Ankunft eines Zuges aus Lüttich vor acht Uhr morgens vorgesehen werden muss.

Eine Trambahn für die Hauptstadt

Wir erwarten, dass das Gesetzesprojekt zum Bau der Trambahn schnellstmöglich von der Abgeordnetenkammer verabschiedet wird. Wir fordern mit Nachdruck, dass diese Trambahn in öffentlicher Hand gebaut und betrieben wird. Eine öffentliche Ausschreibung als auch die Vergabe an einen multinationalen Transportriesen würde sicher die öffentliche Dienstleistung, auch mit sozialem Charakter und mit öffentlichen Geldern finanziert, schmälern. Eine Trambahn in öffentlicher Hand gewährleistet eine gute Verkehrsleistung, Qualität und ein gutes Angebot zu erschwinglichen Preisen. Auch gute Sozialbedingungen, die auch ein Teil Sicherheit bedeuten, der zukünftigen Trambahner werden so sichergestellt.

Die Trambahn berührt nicht alle Viertel der Stadt Luxemburg. Deshalb muss das kommunale Busnetz in städtischer Hand in Zukunft neben einer Zubringerfunktion zum Tram und zur Eisenbahn für attraktive Verbindungen innerhalb und zwischen den Vierteln Sorge tragen.

Gegen alle Formen der Liberalisierung

Der FNCTTFEL-Landesverband wehrt sich weiter vehement gegen alle Formen der Liberalisierung, die als Folge die Deregulierung, die Privatisierung und die Filialisierung haben. Wir können die von Europa geförderte Politik des möglichst billigen Transportes, mit den negativen Erscheinungen, vor allem Sozialdumping, nicht hinnehmen.

Öffentliche Dienstleistungen gehören in die öffentliche Hand. Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf gut funktionierende, flächendeckende und gut zugängliche öffentliche Dienstleistungen, auch zu einem erschwinglichen Preis.

Private Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen sehen in allererster Linie ihren Profit. So werden sie sich nicht Gewinn bringenden Leistungen schnell zum Nachteil der Bürger und Bürgerinnen entledigen. Eine Privatisierung wird sich sehr wohl auch negativ auf die Beschäftigung auswirken.

Dem hingegen fordert der FNCTTFEL-Landesverband einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen in öffentlicher Hand verbunden mit Neueinstellungen beim Staat, in den Gemeinden, in allen öffentlichen Betrieben.

Mit einer solchen Politik würde nicht nur die Leistung für die Bürger und Bürgerinnen verbessert, auch könnte durch eine solche Politik ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Arbeitslosigkeit von jungen Leuten und Schulabgängern geleistet werden.

So widersetzt sich der FNCTTFEL-Landesverband auch dem nächsten von der EU-Kommission in die Wege geleiteten Liberalisierungsschritt im Eisenbahnsektor.

Der FNCTTFEL-Landesverband kann weder mit einer Trennung von Infrastruktur und Betrieb als auch mit einer Liberalisierung des nationalen Personenverkehrs auf der Schiene einverstanden sein.

Wir lehnen konsequent eine verbindliche wettbewerbliche Ausschreibung des öffentlichen Transports ab. Wir wehren uns dagegen, dass das 2007 verabschiedete europäische Reglement über die Organisation der öffentlichen Transportdienstleistungen abgeändert werden soll. Wir fordern die bisherigen zwei Möglichkeiten, den öffentlichen Transport entweder durch Direktvergabe oder durch Ausschreibung zu organisieren, beizubehalten.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Organisation des öffentlichen Transports ausschließlich den Mitgliedstaaten, den Regionen und Gemeinden respektive Gemeindefunktionären vorbehalten sein muss.

Auch die Transportinfrastruktur muss öffentliches Eigentum bleiben. Eine Privatisierung weisen wir vehement zurück.

Nicht zu unterschätzen ist auch, dass im liberalisierten Markt das Ausbildungs- und das Sicherheitsniveau sinken werden.

Reform der Gehälter und des Statuts im öffentlichen Sektor

Alle 10 Jahre sollte eine Gehälterrevision im öffentlichen Sektor stattfinden. Nach dem Härtefälle-Gesetz im Jahre 1986 sollte das 1996 wiederum der Fall sein. Es passierte nichts. 1998 wurde uns eine negative Pensionsreform verpasst.

Nun wurde ein Vorschlag einer Reform geboren, die uns nicht zufrieden stellen kann. Von Anfang an sahen wir diese Reform in vielen Punkten als negativ an. Besonders die Kürzung der Anfangsgehälter und das individuelle Bewertungssystem können unsere Zustimmung nicht finden.

Wir fordern diese Reform noch einmal auf den Prüfstand zu nehmen und sie auch vom Gehälterabkommen zu trennen. Dieses Abkommen soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Fünf Jahre sind es immerhin her, dass der letzte Gehältervertrag den öffentlichen Bediensteten beschieden war.

Wir verkennen nicht den Einsatz der CGFP. Es ist schwierig eine Reform in anderen Zweigen des öffentlichen Sektors, so bei den CFL, umzusetzen, wenn man bei den Verhandlungen nicht dabei ist und den Spezifitäten dieser Zweige von Beginn an nicht Rechnung getragen wird.

Wir fordern zur Ausmerzung der sich in der Vorlage befindenden Ungereimtheiten, die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit allen im öffentlichen Sektor repräsentativen Gewerkschaften.

Wir fordern demokratische Lohnverhandlungen mit allen repräsentativen Gewerkschaften aus dem gesamten öffentlichen Sektor.

Anmerken möchten wir zudem, dass eine Abwertung der Anfangsgehälter und Verschlechterungen in den Aufstiegsmöglichkeiten ein negatives Signal für die Entwicklung der Löhne im privaten Sektor sind.

Unsere Position zum Index

Der Index ist ein wertvolles Instrument um die Löhne und Pensionen an die Inflation anzupassen und somit die Kaufkraft zu erhalten. Eine Deckelung des Index' oder eine maximale Indexranche, was eigentlich dasselbe bedeutet, würde die Mittelverdiener sicher treffen und so einer großen Schicht der Bevölkerung einen Teil ihrer Kaufkraft nehmen. Großverdiener, zum Beispiel in den Chefetagen der Finanzwirtschaft, würde ein solcher Einschnitt nicht berühren. Diese wissen schon wie sie sich ihre Taschen füllen. Auch die Aussetzung einer Indexranche lehnen wir konsequent ab.

Des Weiteren müssen wir feststellen, dass durch die seit 2006 beschlossenen Indexmanipulationen die aktiven und pensionierten Arbeitnehmer massiv an Kaufkraft eingebüßt haben.

Auch gibt es in Luxemburg noch immer eine Menge Beschäftigte ohne Kollektivvertrag. Der Index ist für diese, auch wenn es keine reale Lohnaufbesserung ist, die einzige Möglichkeit ihren Lohn erhöht zu bekommen.

Hinter der Einführung einer maximalen Indexranche sehen wir mehr als nur eine Manipulation des Index'. Wir werten diesen Schritt als Zwischenetappe, um den Index ganz abzuschaffen.

Auch sind wir nicht damit einverstanden, dass der Warenkorb verändert werden soll. Tabak, Alkohol und Sprit werden genannt. Doch sicher wird es nicht bei diesen Waren bleiben. Immerhin ist der Warenkorb auf die Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten aufgebaut.

Grundsätzlich lehnen wir es auch ab, uns mit an einen Verhandlungstisch zu setzen um über Indexverschlechterungen zu diskutieren.

Wir fordern die integrale Wiedereinführung des gesetzlich verankerten Indexsystems mit den automatischen Indexanpassungen von Löhnen, Gehältern und Pensionen und anderen Sozialleistungen. In diesem Sinne fordern wir die sofortige Re-Indexierung der Familienzulagen und des Elternurlaubs.

Es sei daran erinnert, dass der Index auch ein wichtiger Faktor des sozialen Friedens in Luxemburg ist. Eine Abschaffung würde zu sozialen Konflikten und somit zu einer gewissen Instabilität führen.

Eine gerechte Sozial- und Steuerpolitik

Der FNCTTFEL-Landesverband sieht die zurückliegende Pensionsreform als negative Reform an. Er versteht dahinter eine „indirekte“ Erhöhung des Pensionsalters, die sicher nicht zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beiträgt.

Verschiedenen Politikern geht diese Reform noch nicht weit genug. Wir warnen sie davor sich ein weiteres Mal an unseren Pensionen und Renten zu vergehen.

Wir fordern, dass die Leistungen für die heutigen und zukünftigen Pensionierten garantiert und das Recht auf Arbeit für die jungen Leute respektiert wird.

Auch fordern wir die Wiedereinführung der Spezialregime für Lokführer, Busfahrer, Feuerwehrleute sowie für Beschäftigte, die unter erschwerten Bedingungen ihre Arbeit verrichten müssen.

Wir wehren uns gegen die Abschaffung des Ajustements der Pensionen und Renten und fordern, dass die am 1. Januar 2013 geschuldete aber gestrichene Ausbezahlung des Ajustements zu hundert Prozent kompensiert wird.

Durch die gesetzeswidrige Nichtanpassung der Steuertabellen an die Inflation wurde den Beschäftigten und den Pensionierten Kaufkraft entzogen. Durch das letzte Haushaltsgesetz wurde die gesetzlich vorgesehene Anpassung abgeschafft. Wir fordern eine gerechte Steuerpolitik und die regelmäßige Anpassung der Steuertabellen an die Inflation.

Auch setzen wir uns ein für eine gerechte Steuerprogressivität.

Die Steuerverwaltung muss mit genügend Personal ausgestattet werden, um die Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen zu können.

Des Weiteren fordern wir die Aufhebung der steuerlichen Diskriminierung von Alleinerziehenden, Verwitweten, Geschiedenen und Junggesellen/innen mit eigenem Haushalt.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (TVA) würde zu einer zusätzlichen Belastung für die Budgets der Beschäftigten und Pensionierten führen. Die Kaufkraft würde zudem weiter geschmälert.

Gesundheitswesen

Wir fordern den Erhalt und Ausbau der Leistungen im Gesundheitswesen, u.a. die allgemeine Einführung des „Tiers-payant“.

Die Übernahme der Kosten der Alternativmedizin durch die Gesundheitskasse muss endlich beschlossen werden. So auch der konsequente Ausbau der Präventiv- und Arbeitsmedizin. Durch letztere Maßnahme würde sicher auch das Budget der Gesundheitskasse geschont.

Wirksame und konkrete Aktionen gegen Stress, Mobbing und Suchtkrankheiten drängen sich immer mehr auf.

Auch die Absicherung der Leistungen der Pflegeversicherung mit entsprechenden Qualitätskontrollen drängt sich förmlich auf.

Ebenfalls erweist sich eine flächendeckende Einrichtung der Notdienste mit genügend Personal als sehr wichtig. Auch muss für eine fachgerechte Betreuung der Patienten gesorgt werden.

Wohnen in Luxemburg

Der Verwirklichung des Menschenrechtes auf eine angemessene Wohnung durch die Bereitstellung von genügend Wohnungen zu erschwinglichen Preisen muss Priorität in der Wohnungspolitik eingeräumt werden.

Erschwingliche Preise zum Wohnen in Seniorenheimen gehören zum dezenten Wohnen in Luxemburg.

Wucherpreise im Verkauf machen jungen Leuten den Wunsch auf eine Eigentumswohnung praktisch unmöglich. Übertriebene Mietpreise führen sogar zum Teil zur Obdachlosigkeit.

Koalitionsverhandlungen 2013

Der FNCTTFEL-Landesverband hofft, dass die eingeleiteten Koalitionsverhandlungen zwischen DP, LSAP und Déi Gréng in ein sozialgerechtes und zukunftsfähiges Regierungsprogramm münden. Um seinen Mitgliedern die notwendigen Orientierungshilfen bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer zu geben, hatte er untenstehende Wahlprüfsteine an die Parteien versandt und diese Prüfsteine zusammen mit den entsprechenden Antworten der Parteien im Verbandsorgan „Le Signal“ veröffentlicht. Die oben zitierten Parteien hatten die in den Wahlprüfsteinen enthaltenen Forderungen zum Teil positiv beantwortet. Der FNCTTFEL-Landesverband erwartet deshalb, dass diese Forderungen in dem Koalitionsprogramm berücksichtigt werden und dass somit, wie von den respektiven Parteien versprochen, in den kommenden Jahren eine fortschrittliche Sozial- und Transportpolitik zum Tragen kommt.

1. Wird ihre Partei sich dafür einsetzen, damit die nationale Eisenbahngesellschaft als integrierter öffentlich-rechtlicher Betrieb erhalten bleibt? Wird sie von jedweder weiteren Filialisierung Abstand nehmen?
2. Wird ihre Partei dafür sorgen, damit die Betreuung der Fahrgäste in den Bahnhöfen und Zügen durch genügend gut ausgebildetes Personal gewährleistet wird?
3. Wird ihre Partei das Einrichten einer Mobilitätszentrale und die Schaffung eines Verkehrsverbundes in der Großregion vorantreiben? Wird ihre Partei eine attraktive Tarifstruktur im grenzüberschreitenden Verkehr realisieren?
4. Wird ihre Partei den öffentlichen Transport attraktiv und sicher gestalten und zu dem Zweck, von den einzelnen Verkehrsträgern Präventionspläne gegen Aggressionen verlangen?
5. Wird ihre Partei den Bau einer neuen Eisenbahnlinie Luxemburg-Bettemburg, die Eisenbahnbindung Luxemburg/Hauptbahnhof-Kirchberg sowie den zweigleisigen Ausbau der Nordstrecke (an erster Stelle die Streckenabschnitte Clerf-Uiflingen und Ettelbruck-Goebbelmühle) als prioritär einstufen? Wird sie die Eisenbahnstrecke Ettelbrück-Diekirch erhalten und attraktiver gestalten?

6. Wird ihre Partei auf eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Eisenbahn hinwirken? Wird sie in diesem Zusammenhang die Sozialbedingungen im Transportsektor im Sinne des sozialen Fortschritts harmonisieren?
7. Wird ihre Partei die Busbetriebe von AVL und TICE als öffentlich-rechtliche Betriebe absichern und keinerlei Privatisierung von Strecken und Teilbereichen des Betriebs vornehmen?
8. Wird ihre Partei kurzfristig die geplante Straßenbahn als öffentlichen-rechtlichen Betrieb (Bau und Betreibung) in der Stadt Luxemburg realisieren? Wird sie jedwede Privatisierung der Straßenbahn verhindern?
9. Wird ihre Partei jedwede Privatisierung von öffentlichen Verwaltungen und Betrieben strikt ablehnen? Wird sie die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe als Standbein unserer Wirtschaft, welches dem Allgemeinwohl verpflichtet ist, stärken und ausbauen? Wird sie weiter dafür sorgen, dass beim Staat, den Gemeinden und den öffentlichen Betrieben Funktionäre in genügender Zahl eingestellt werden, um einen optimalen öffentlichen Dienst zu ermöglichen?
10. Wird ihre Partei für demokratische Lohnverhandlungen mit allen Gewerkschaften im öffentlichen Sektor im Rahmen einer großen Tarifkommission sein?
11. Wird ihre Partei das im öffentlichen Sektor ausgehandelte Gehälterabkommen umsetzen? Wird ihre Partei die auf dem Instanzenweg befindliche Statuten- und Gehälterreform, mit allen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors neu verhandeln, um die darin befindlichen Ungereimtheiten und sozialen Ungerechtigkeiten auszumerzen?
12. Wird ihre Partei die Gemeindegesetzgebung ändern, damit die Gemeindeverwaltungen in einem liberalisierten Umfeld alle kommerziellen Aktivitäten in Eigenregie durchführen können?
13. Wird ihre Partei sich für eine weitere Etappe von Arbeitszeitverkürzung einsetzen?
14. Wird ihre Partei jedwede weitere Verschlechterung der öffentlich-rechtlichen Pensionssysteme des privaten und des öffentlichen Sektors ablehnen und sich für die absolute Absicherung des Umlageverfahrens, welches auf der Solidarität der Generationen beruht einsetzen? Wird ihre Partei die am 1. Januar 2013 erfolgte Annullierung des Ajustement wieder zurücknehmen. Wird ihre Partei die Spezialregime (Pension mit 55 Jahren) für Lokführer, Busfahrer, Feuerwehrleute, Rangierer und andere Berufstätige mit erschwerten Arbeitsbedingungen wie-

der einführen?

15. Wird ihre Partei höhere Eigenbeteiligungen und Leistungsverschlechterungen bei der Gesundheitskasse ablehnen, um so eine Zweiklassenmedizin zu verhindern?
16. Wird ihre Partei die angekündigte Reform der Pflegeversicherung dazu nutzen um die Leistungen abzusichern und um bei den ausgezahlten Pflegeakten eine effiziente Qualitätskontrolle zu gewährleisten? Wird ihre Partei die Beteiligung des Staates an den Beitragsleistungen auf 45%, wie ursprünglich vorgesehen, festlegen?
17. Wird ihre Partei sich nach den erfolgten Indexmanipulationen, für die integrale Wiedereinführung der automatischen Indexanpassung einsetzen? Wird ihre Partei dafür sorgen, dass Familienzulagen und andere Sozialleistungen wieder indiziert werden?
18. Wird ihre Partei für gesunde Staatsfinanzen sorgen indem sie die Einnahmeseite stärkt durch eine sozialgerechte Steuerreform, welche die unteren und mittleren Einkommen entlastet und die hohen Einkommen und Vermögen stärker belastet. Wird sie dem Zusammenhang auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verzichten? Wird ihre Partei dafür eintreten damit sich Luxemburg an der geplanten Finanztransaktionssteuer beteiligt?
19. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, damit die europäische Liberalisierungspolitik einer seriösen Evaluierung unterzogen und korrigiert wird? Wird sie in diesem Zusammenhang dafür eintreten, dass das 4. Eisenbahnpaket welches die Liberalisierung fortschreiben will, definitiv aufgegeben wird?
20. Wird ihre Partei sich für eine stärkere Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte einsetzen.

Zuzüglich zu obigen Wahlprüfsteinen hatte der FNCTTFEL-Landesverband nachfolgende Anliegen der Lehrbeauftragten den einzelnen Parteien übermittelt:

- 1) Depuis plusieurs années, les chargés de cours demandent une décharge pour ancienneté (d'âge) à l'instar de leurs collègues brevetés. Ceux-ci ont droit à une décharge pour ancienneté (d'âge) in-

dépendamment de leur ancienneté de service. Les raisons bien fondées de cette mesure n'ont plus besoin d'être justifiées et ne sauront dépendre - à nos yeux - d'un diplôme. En effet, les enseignants brevetés et les chargés de cours font le même travail et devraient bénéficier des mêmes conditions de travail. Comment se positionne votre parti à l'égard de cette revendication, à nos yeux, légitime des chargés de cours?

- 2) Chaque année **tous** les chargés de cours en possession d'un contrat à durée indéterminée auprès du MEN se voient obligés de poser leur candidature à un poste d'enseignement indépendamment si leur propre poste (poste qu'ils occupaient pendant l'année scolaire échue) est resté vacant après l'affectation du personnel enseignant breveté par le MEN, donc toujours disponible pour l'année scolaire suivante. Votre parti ne pense-t-il pas que cette procédure va à l'encontre de la continuité tant évoquée lors de la réforme de l'enseignement fondamental (est-ce que les enfants dont les cours sont dispensés par des chargés de cours n'ont pas droit au même enseignant l'année suivante ?). À ce titre et afin de garantir une plus grande stabilité au sein des équipes pédagogiques, votre parti favorisera-t-il l'affectation définitive des chargés de cours à une commune, et le cas échéant sous quelles conditions (nombre d'années de services, volet de formation continue,...)?

Luxemburg, den 29. Oktober 2013